

Boris allein in der Zelle

Von Alex Baur — Im Vergleich zur chemischen Züchtigung, die dem zwölfjährigen Boris widerfährt, erscheint das Verdingkinderwesen des letzten Jahrhunderts schon fast human.



Größeres Geschütz: Boris, 12.

Der horrende Betrag von monatlich 85 000 Franken, den die Fürsorgebehörde von Wettswil ZH für die psychiatrische Versorgung des zwölfjährigen Zöglings mit dem Pseudonym Boris bewilligen musste, schreckt auf. Doch das Geld ist nicht einmal das Hauptproblem. Wenn man damit wirklich ein Menschenleben retten kann und wenn es keine Alternativen gibt, ist kein Betrag zu hoch.

Es ist viel schlimmer: Das viele Geld wird nicht gebraucht, um ein Kind zu heilen, sondern bloss, um es zu verwalten. Die Akten zum Fall Boris, die der *Weltwoche* vorliegen (Seite 24), vermitteln ein trostloses Bild. Seit Jahren wird der schwierige Junge von einer Institution an die nächste weitergereicht. Alle möglichen Medikamente hat man schon an ihm getestet. Nichts konnte ihn bändigen.

Die Sicherheitsleute, die Boris am Ende rund um die Uhr bewachten, hatten keinen pädagogischen Auftrag. Sie durften gar keinen Kontakt zu ihm aufbauen, sie sind dafür nicht ausgebildet. Sie waren bloss dafür besorgt, dass Boris in die Isolierzelle kam, wenn er Stunk machte. Dann wurde jeweils die chemische Dosis erhöht, um den quiriligen Buben zu zähmen.

Wohlgemerkt, Boris leidet nicht an einer Geisteskrankheit. Er ist bloss schwererziehbar, wie man landläufig sagt. Bei seiner Erziehung lief einiges schief, er hat zweifellos einen schwie-

rigen Charakter, die Verpflanzung von Weissrussland in die Schweiz bekam ihm schlecht. Boris wurde nicht in die Klinik gesperrt, weil man ihn dort heilen könnte. Sondern weil man nicht mehr weiterweiss. Unser aufwendiger Erziehungs- und Therapieapparat hat kapituliert.

Boris ist kein Einzelfall. Die chemische Keule ist bei der Zähmung von zappligen Kindern gängige Praxis. Meistens ist es Ritalin. Und wenn das nicht mehr wirkt, bietet die Pharma-Pädagogik gröberes Geschütz mit entsprechenden Nebenwirkungen: Neuroleptika, eigentlich für Geisteskranke entwickelt, kommen heute bei schwierigen Jugendlichen routinemässig zum Einsatz. Pillen sind nicht a priori schlecht, wenn sie zur Unterstützung eines durchdachten pädagogischen Programms verwendet werden. Das ist bei Boris schon lange nicht mehr der Fall. Er ist sicher ein Extremfall. Aber er ist auch nicht die grosse Ausnahme, als den ihn die Behörden verkaufen wollen. Boris liegt im Trend.

Medikamente machen weniger Lärm

Der Fall entlarvt die Verachtung, mit der heute über frühere Generationen gerichtet wird, als eitle Arroganz. Das Verdingkinderregime im vergangenen Jahrhundert war zweifellos hart, es gab Fälle von Behördenwillkür und Missbräuche. Kinder mussten oft hart arbeiten, viele wurden geschlagen. Doch es ist kaum humaner, wenn rebellierende Kinder in ein kahles Zimmer gesperrt und mit der chemischen Keule gezüchtigt werden, bis sie wie Zombies lallen. Es macht bloss weniger Lärm.

Es besteht kein Grund zur Überheblichkeit. Wir haben die Sache überhaupt nicht im Griff. Lehrer und Sozialpädagogen sehen sich mit einer wachsenden Zahl Kinder konfrontiert, die keine Autoritäten und keine Grenzen mehr respektieren. Mittlerweile gibt es Spezialisten, welche Eltern therapieren, die von ihren Kindern terrorisiert und geschlagen werden.

Dem einen oder andern schwant, dass das von den 68ern propagierte antiautoritäre Programm seine Schattenseiten hat – und dass alte Tugenden wie Arbeit und Disziplin vielleicht doch nicht so schlecht sind. Letztlich geht es aber vor allem darum, Verantwortung zu übernehmen. Und das ist vielleicht die erschütterndste Erkenntnis aus dem Fall Boris: Ein Heer gutbezahlter Fachleute und Therapeuten hat sich schon mit ihm befasst – aber keiner von ihnen hat wirklich die Verantwortung übernommen.

Mehr zum Thema: Seite 24

Spielzeug weg



Marina Berlusconi, Herrin im Haus.

Ist ein Rabenkind, wer seinem alten Vater das Lieblingsspielzeug wegnimmt, wie es Marina Berlusconi tat, die Tochter des Mannes, der rund zwanzig Jahre lang faktisch Italien beherrschte? Silvio Berlusconi, 80, unterwarf sich der Familienräson und verkaufte seinen Fussballklub AC Milan nach dreissig Jahren an eine zwielichtige chinesische Seilschaft, hinter der als unheimlicher Puppenspieler der amerikanische Hedgefonds-Guru Paul Singer steckt. Die zuletzt erfolglose Kickertruppe hatte jede Saison 100 bis 150 Millionen Euro Defizit verschlungen, abgewickelt über Berlusconis Privat-Holding Fininvest, die von Marina geleitet wird. Sein ältestes von fünf Kindern hat ihm immer imponiert, und er, der Zögerliche, wollte sie, die Tatkräftige, auch zur politischen Thronfolge überreden. Ihre Antwort war immer: «No, grazie.»

Marina ist die Einzige, die noch Geld verdient im ehemaligen Berlusconi-Imperium mit ihrem Mondadori-Verlag. Der Medienladen Mediaset, der die Internetzukunft verschlief, machte letztes Jahr 300 Millionen Euro Verlust und droht vom französischen Raider Vincent Bolloré gefressen zu werden. Marina entwand ihrem 80-jährigen Vater auch die Hochseejacht, das Flugzeug, einen Golfplatz, zwei Paläste, und erst jetzt beginnt sich das Belpaese, das dem Renaissance-Menschen Berlusconi stets alle Streiche, Ausschweifungen und anderen Sünden nachgesehen hat, für die vermeintliche *filles à papa* tatsächlich zu interessieren. Marina, heute 50, war ein Scheidungskind wie ihr Bruder Pier Silvio. Der übermächtige Vater führte eine heimliche Zweitehe, sie selber warf zuerst ein Studium der Rechte und dann der Politik hin, fasste aber rasch im Familienunternehmen Fuss, klassisches Learning by Doing. Sie fand ihren Traummann Maurizio Vanadia, den ersten Solotänzer an der Mailänder Scala, der sich vor den Medien total abschottet. Bekannt ist nur: Sie kennen sich seit zwanzig Jahren und haben zwei Söhne, 14 und 12. Könnte eine Frau, die an die Kraft der Bücher glaubt statt an den Fussball, Italien regieren? *Peter Hartmann*

Weggezaubert

Von Alex Reichmuth — Der Bund lässt Hinweise verschwinden, dass Gaskraftwerke nötig sind.

Im April 2012, ein Jahr nach dem AKW-Unfall in Fukushima, präsentierte Doris Leuthard ihre Pläne für den Atomausstieg. Die Energieministerin schlug unter anderem vor, fünf bis sieben Gaskraftwerke zu bauen. Zudem seien Stromimporte nötig. Auch der Bundesrat hielt damals fest, künftig werde ein «Restbedarf» «mit fossil-thermischer Stromproduktion» gedeckt – also mit Gas.

Im September 2013 verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft «zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050» ans Parlament. Künftig werde die Stromnachfrage unter anderem «soweit nötig aus WKK-Anlagen [mit Gas betriebene Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen, d.Red.], Gaskombikraftwerken sowie mit Stromimporten abgedeckt», hiess es darin. Leuthards Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) schrieb im Internet unter «Fragen und Antworten zur Energiestrategie 2050», der «Restbedarf» könne «bei Bedarf mit fossil-thermischer Stromproduktion (WKK-Anlagen, Gaskombikraftwerke) sowie Stromimporten gedeckt werden». Die Seite war am 20. März dieses Jahres noch aufgeschaltet.

Am 21. März warb Leuthard für das Energiegesetz, über das am 21. Mai abgestimmt wird. Das Gesetz regelt das erste Massnahmenpaket zum Atomausstieg. Gaskraftwerke widersprechen den Klimazielen, sagte Leuthard. Investitionen in erneuerbare Energien seien sinnvoller. Zeitgleich gestaltete das Uvek seine Website neu. Unter «Energiegesetz: Fragen und Antworten» steht nun kein Wort mehr zu Gaskraftwerken. Auch im «Abstimmungsbüchlein» des Bundesrats fehlt jeder Hinweis. Stattdessen steht dort, ein Nein zum Energiegesetz führe zu mehr Stromimporten aus der EU. Auf Anfrage argumentiert das Uvek, das Energiegesetz enthalte «keinerlei Bestimmungen zum Bau von Gaskraftwerken». Diese seien zwar im Rahmen der Energiestrategie 2050 «nicht ausgeschlossen». Derzeit könnten Gaskraftwerke aber nicht rentabel betrieben werden. Das mag sein. Dennoch ist die Stromversorgung nach dem Atomausstieg ohne Gas wohl nicht gesichert. Der Bund aber hat alle Hinweise darauf weggezaubert.

Unter «Energiegesetz: Fragen und Antworten» steht nun kein Wort mehr zu Gaskraftwerken.

tionen in erneuerbare Energien seien sinnvoller. Zeitgleich gestaltete das Uvek seine Website neu. Unter «Energiegesetz: Fragen und Antworten» steht nun kein Wort mehr zu Gaskraftwerken. Auch im «Abstimmungsbüchlein» des Bundesrats fehlt jeder Hinweis. Stattdessen steht dort, ein Nein zum Energiegesetz führe zu mehr Stromimporten aus der EU. Auf Anfrage argumentiert das Uvek, das Energiegesetz enthalte «keinerlei Bestimmungen zum Bau von Gaskraftwerken». Diese seien zwar im Rahmen der Energiestrategie 2050 «nicht ausgeschlossen». Derzeit könnten Gaskraftwerke aber nicht rentabel betrieben werden. Das mag sein. Dennoch ist die Stromversorgung nach dem Atomausstieg ohne Gas wohl nicht gesichert. Der Bund aber hat alle Hinweise darauf weggezaubert.

Parmelin in der Kostenfalle

Von René Zeller — Verteidigungsminister Guy Parmelin schafft Transparenz bei laufenden Rüstungsprojekten. Klar wird damit, dass die Armee nicht zeitgerecht modernisiert werden kann.



Leerlauf: Armeechef Parmelin (r.).

Bundesrat Guy Parmelin übernahm Anfang 2016 das Verteidigungsdepartement unter günstigen Voraussetzungen. Die Reform Weiterentwicklung der Armee (WEA) befand sich auf der Zielgeraden, und das Parlament stockte das Militärbudget auf 5 Milliarden Franken auf. Der Waadtländer setzte sich in ein gemachtes Nest.

Doch die Realität hat ihn eingeholt. Er zog beim Vorhaben, das Boden-Luft-Abwehrsystem (Bodluf) zu erneuern, die Notbremse. Aufgrund des Gripen-Debakels ging er beim Findungsprozess für neue Kampffjets zurück an den Start. Diese milliardenschweren Rüstungsprojekte befinden sich seither in der Warteschlange. Parmelins zögerliches Vorgehen schafft ein Wirrwarr auf dem Einkaufszettel der Armee. Rüstungspolitisch herrscht zurzeit akute Planungsunsicherheit.

Diesem Malaise will Parmelin mit einer Transparenz-Offensive entgegenwirken. Vor Wochenfrist hat er einen Bericht publiziert, in dem «Top-Projekte» seines Departements aufgelistet werden. Ein Blick auf die vorgestellten 27 Vorhaben zeigt, dass in nächster Zeit viel Geld vonnöten sein wird. Allein für neue Telekommunikationsmittel (taktische Funksysteme, neue Bordverständigungsanlagen und Sprechgarnituren, Richtstrahlgeräte, neue Feldtelefone usw.) sind 1,8 Milliarden Franken ein-

gesetzt. Für Aufklärungsdrohnen werden 265 Millionen Franken budgetiert, für ein taktisches Aufklärungssystem 360 Millionen Franken, die Kosten für ein neues militärisches Anflugleitsystem werden auf 359 Millionen Franken beziffert. Die so hergestellte Transparenz ist löblich. Doch ist sie auch zielführend?

Die publizierten Kosten für laufende militärische «Top-Projekte» summieren sich auf rund 3,5 Milliarden Franken, verteilt auf mehrere Jahre. Das ist machbar, könnte man meinen, zumal der Armee spätestens ab 2020 für den Betrieb 3 Milliarden Franken und für Investitionen 2 Milliarden Franken zur Verfügung stehen werden.

Doch die Rechnung geht nicht auf. In Parmelins Bericht ist die Modernisierung der Luftwaffe zwar aufgeführt. Doch Preisschilder für neue Kampffjets und die Luftabwehr fehlen gänzlich. Der Chef Armeepanung, Brigadier Rolf Siegenthaler, hatte im letzten Herbst für Hektik gesorgt, als er die Kosten für 55 neue Kampfflugzeuge auf 10 Milliarden und jene für die Boden-Luft-Verteidigung auf 1,6 Milliarden Franken bezifferte. Auch die Geräteparks der Panzertruppen, der Artillerie und der Infanterie setzen Rost an. Wenn die Armee ihren verfassungsmässigen Kernauftrag – Verteidigung – weiter erfüllen soll, sind Milliardeninvestitionen in die terrestrischen Truppen unabdingbar.

Eine Mogelpackung

Der Bericht des Verteidigungsministers ist eine Mogelpackung. Er gaukelt Transparenz vor, schweigt sich aber darüber aus, was Kampffjets, Luftabwehr, Kampfpanzer, Haubitzen und Radschützenpanzer kosten. Für diesen Wunsch-katalog reicht ein Investitionsbudget von jährlich 2 Milliarden Franken mittelfristig nie aus.

In militärischen Kreisen gärt die Unzufriedenheit. Armeechef Philippe Rebord prognostizierte unlängst, längerfristig benötige die Armee mehr Mittel, sonst drohten Fähigkeitslücken. Die Milizorganisationen erhöhen den Druck auf Parmelin. Dieser versteckte sich hinter Berichten, kritisiert Stefan Holenstein, Präsident der Schweizer Offiziersgesellschaft.

Parmelin strapaziert die Geduld seiner militärischen Entourage. Er muss aufhören, technokratische Zusatzschlaufen zu absolvieren. Erforderlich ist Klarheit darüber, wie viel Geld er investieren will, um die angejahrten F/A-18 und die musealen Tiger F-5 zu ersetzen. Weitere Zeit verplempern darf Parmelin nicht. Sonst drehen seine Armeepaner weiter im Leerlauf.



Geständnis

Warum ich für Erdogan bin

Der Mann, der im Westen gerne als reaktionärer Diktator verschrien wird, stabilisiert das Land und fördert die Frauen. Man sollte die Türkei zuerst verstehen, bevor man urteilt.

Von Sibel Sarica

Ich hielt ein Taxi an und setzte mich hinten rein. «Woher kommst du?», fragte der Fahrer und schaute lächelnd in den Rückspiegel. Dass ich nicht aus der Türkei war, merkte er wohl daran, dass ich mich anschnallte. Als ich ihm erzählte, dass ich aus Deutschland komme und eine Weile bleiben würde, wunderte er sich. «Was hast du hier zu suchen? Vor allem in Istanbul kannst du nur gut leben, wenn du Geld hast. An deiner Stelle würde ich sofort zurückgehen.»

Eigentlich wollte ich in Istanbul nur ein Praktikum machen. Doch jetzt bin ich schon zwei Jahre hier. Mittlerweile bin ich fest angestellt, lebe auf der asiatischen Seite – und bin mit einem Türken verlobt.

Als Tochter türkischstämmiger Eltern bin ich in Stuttgart geboren und in Deutschland aufgewachsen. Als Teil jener Generation von Deutsch-Türken, welche die Heimat ihrer Vorfahren nur noch vom jährlichen Sommerurlaub kennt, fand ich die Türkei zwar immer schön, war mir aber auch gleichzeitig sicher, dass ich dort nicht würde leben können. Anders als in Deutschland erlebt man Politik in Istanbul in fast allen Lebensbereichen. Während es in Deutschland geradezu tabu ist, andere zu fragen, welche Partei sie wählen, wird hier offen und angeregt diskutiert. Im Café, in der Familienrunde, am Arbeitsplatz. Und das gefällt mir.

Während ich anfangs die deutschen Medien noch mitverfolgt habe, ist mir seit einiger Zeit die Lust dazu vergangen. Diese ewiggleichen Talkrunden über Integrationsprobleme. Das permanente Türkei-Bashing. Das nervt.

Politische und wirtschaftliche Stabilität

Vor einigen Jahren assoziierte man die Türkei in Deutschland noch mit Sonne, Meer und grosser Gastfreundlichkeit. Heute denkt man durch die einseitige Berichterstattung nur noch an Terror und Diktatur. Die Schwarzweissmalerei der westlichen Medien wird der Stimmung im Land und der Person Erdogans nicht gerecht. Und sie führt zu Konflikten.

Besonders falsch fand ich die westliche Berichterstattung über das Referendum zum türkischen Präsidialsystem. Ständig heisst es: «Erdogan bekommt mehr Macht», «die Türkei wird zur Diktatur». Es gehe sogar tatsächlich «um Leben und Tod». Dabei geht es nicht einmal um Erdogan. Das Präsidialsystem stand schon lange vor Erdogan zur Debatte.

In den letzten 94 Jahren gab es 65 Regierungen. Die vielen kurzlebigen Koalitionsregierungen führten zu Wirtschaftskrisen und Militärputschen; Probleme, die dem parlamentarischen System entsprangen. Das Präsidialsystem ist eine langfristige Veränderung für die Türkei und keine kurzfristige Machterhöhung für Erdogan. Nach ihm wird es andere Präsidenten geben. Die Türken wünschen sich politische und wirtschaftliche Stabilität, und ich denke, das Präsidialsystem kann dazu beitragen.



Freier als früher: Präsident Erdogan.

Inzwischen habe ich beruflich von einem privaten Unternehmen zum staatlichen Fernsehsender TRT World gewechselt. Als Journalistin hege ich die Hoffnung, der Welt ein realeres Bild der Türkei zu vermitteln. Auch wenn meine deutschen Freunde teils erschrocken reagieren, wenn ich von der Arbeit bei einem staatlichen Sender erzähle: Ich kann mich hier beruflich ohne Einschränkungen entfalten. Als erster internationaler Nachrichtenkanal der Türkei beschäftigt unser Sender Menschen aus über 40 Nationen. Viele davon sind englische Muttersprachler, die bei unseren Inhalten genauso mitreden wie die Türken.

Auch dass Erdogan die Türkei ins Mittelalter zurückführt und Frauen unterdrücken will, vermag ich nicht zu erkennen. Wenn Erdogan den Minirock verbieten und das Kopftuch gesetzlich einführen möchte – warum hat er es nach fünfzehn Jahren Regierungszeit nicht längst gemacht? Unter seiner «Diktatur» sind so viele Frauen wie noch nie im Parlament. Dank ihm wurden auch wieder Frauen mit Kopftuch an Universitäten zugelassen – was in einem Land mit muslimischem Erbe meiner Ansicht nach erlaubt sein sollte.

Ich selbst verdiene meinen Unterhalt als Frau zu 100 Prozent nach meiner Qualifikation und werde ebenso gut bezahlt wie die männlichen Kollegen – während Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn erhalten als Männer. Frauen in der Türkei sind heute freier als früher. In Antalya liegen Frauen im Bikini neben Frauen im Burkini am Strand. Keiner stört sich daran. Europa will uns diktieren, was Freiheit ist? Das Burkini-Verbot von Cannes finde ich in diesem Zusammenhang besonders schräg.

Um die Türken besser verstehen zu können, muss man sich erst einmal in ihre Lage versetzen. Das Land befindet sich aufgrund seiner geopolitischen Lage in einer besonderen Situation. Es ist teilweise umgeben von schwachen, gescheiterten Nachbarn – da ist es nicht einfach, den Terror in den Griff zu kriegen. Als in Frankreich oder Belgien nach diversen Anschlüssen der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, war das in Ordnung. Tut Erdogan dasselbe, macht er sich verdächtig. In Europa wird mit zweierlei Mass gemessen.

In den letzten zwei Jahren habe ich in Istanbul Wahlen und Volksabstimmungen, einen Putschversuch und auch einige Terroranschläge miterlebt. Am prägendsten war die Nacht des gescheiterten Putschversuchs letzten Juli. Aber dass – trotz all dieser Ereignisse – das Leben in Istanbul schon am nächsten Tag normal weiterging und die Menschen sich nicht unterkriegen lassen, hat mich tief beeindruckt. Die Menschen hier haben eine unglaubliche Lebensenergie, die sich automatisch auf jeden überträgt, der ihnen offen begegnet.

Sibel Sarica, 30, wuchs in Deutschland auf und arbeitet heute in Istanbul als Journalistin beim staatlichen Nachrichtensender TRT World.